

## 1. FC Union braucht ein Nachwuchsleistungszentrum!

Unser 1. FC Union ist einer der Leuchttürme in und für unseren Bezirk. Wenn die Eisernen spielen fiebern alle Fußballfans.

Damit unsere Jungs auch in Zukunft gut spielen, macht der 1. FC Union bereits eine gute Nachwuchsarbeit. Von der U8 bis zur U19 spielen 11 Mannschaften in der Nachwuchsabteilung des 1. FC Union. Union betreibt hierzu ein Nachwuchsleistungszentrum mit dem Ziel beste Entwicklungsbedingungen für die jungen Nachwuchsfußballer zu schaffen. Dieses Nachwuchsleistungszentrum ist jedoch viel zu klein. Dringend werden in der Nachbarschaft der Alten Försterei Flächen benötigt, auf denen ein neues Zentrum entstehen kann.

Bei dieser Suche darf keine Idee außer Acht gelassen werden. So wurden viele Vorschläge bereits geprüft. Die Wohlheide lässt sich nach den Stellungnahmen der Naturschutzbehörden und der Verbände nahezu ausschließen. Das entsprechende Genehmigungsverfahren könnte bis zu 10 Jahre dauern und am Ende scheitern. Gleiches gilt für angrenzende Gewerbeflächen. Die Unternehmen wollen nicht umziehen.

Gegenüber befindet sich der Mellowpark, ein weiterer Leuchtturm unseres Bezirks. Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer letzten Sitzung des Jahres beschlossen, dass der Nutzungsvertrag um 20 Jahre verlängert werden soll, obwohl der bestehende noch bis 2019 läuft.

„Ich erwarte, und hierfür werde ich mich mit Nachdruck einsetzen, dass zeitnah auch für unseren 1. FC Union eine Lösung gefunden wird,“ so Matthias Schmidt.

## Halbzeit am Jahresanfang Zwei Jahre Große Koalition



Matthias Schmidt, selbst Spieler bei Union, zieht eine positive Bilanz der 1. Halbzeit.

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

Schon 2016! Sind Sie gut reingekommen? Ich wünsche Ihnen für das neue Jahr alles erdenklich Gute. Die hinter uns liegenden Monate lassen erahnen, dass auch die vor uns liegenden 12 Monate spannend und ereignisreich werden.

Spannend wird auch die zweite Halbzeit. Anfang des Jahres und gleichzeitig Halbzeit? Halbzeit der Wahlperiode, Halbzeit für unsere sozialdemokratische Arbeit in der Großen Koalition.

Fußballer, die eine erste gute Halbzeit hinter sich haben, lassen sich in der zweiten Halbzeit schon mal hängen. Sie sind erschöpft und darunter leidet vielleicht die Motivation. Manch ein Trainer verzweifelt in der zweiten Halbzeit.

Wir haben eine gute erste Halbzeit hinter uns gebracht. Wir haben gute „Trainer“ - um im Bild zu bleiben. Thomas Oppermann und Sigmar Gabriel bieten beiden keinen Grund zur

Verzweiflung. Wir sind hoch motiviert für die zweite Halbzeit.

Eine Auswahl unsere „Tore“ der ersten Halbzeit: Mindestlohn, Rentenpaket, Frauenquote, Entlastung der Kommunen, Energiewende, bezahlbarer Wohnraum, gute Pflege, besserer Klimaschutz.

Unsere Vorhaben für die zweite Halbzeit: Gleiche Bezahlung von Frauen und Männern, Gleichstellung der Ost-West-Rente, Unterstützung für Menschen mit Behinderungen, Mieter stärken, Erbschaftssteuer erhalten, Meister-Bafög verbessern, Solidarität zwischen Bund und Ländern verbessern, ländliche Räume stärken und Datenschutz verbessern. Eine Menge „Torchancen“, die wir in der zweiten Halbzeit nutzen wollen.

Es würde mich freuen, wenn Sie mich dabei wieder begleiten würden.

Ihr  
Matthias Schmidt

# 12 Punkte für den Zusammenhalt der Gesellschaft

SPD legt Papier zur Integration vor



Foto: Dieter Schütz / pixelio.de

*Asyl und Migration heißt auch Integration*

**Die deutsche Gesellschaft verändert sich. Viele Menschen, die jetzt als Flüchtlinge kommen, werden als neue Bürgerinnen und Bürger bleiben. Die Bundesministerinnen Manuela Schwesig, Andrea Nahles, Barbara Hendricks, die Staatsministerin für Integration Aydan Özoguz und die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer haben in einem gemeinsamen Papier den „Integrationsplan Deutschland“ aufgestellt.**

## Die zwölf Punkte des Integrationsplanes

1. Die SPD will die Chancen von Bildung für die Integration nachhaltig und umfassend nutzen und daher das Kooperationsverbot für Bildung im Grundgesetz jetzt abschaffen. Deutschland braucht einen Zukunftspakt von Bund und Ländern für die Finanzierung eines umfassenden Programms für Integration und demografischen Wandel.
2. Die SPD will Integration fördern, aber auch einfordern. Dabei gilt: Alle Menschen sollen in Deutsch-

land frei und sicher leben können. Ein starker Rechtsstaat, der die Menschen- und Bürgerrechte garantiert ist hierfür die Grundlage.

3. Die SPD will eine Charta für Demokratie und Vielfalt vorlegen, die von Politik, Wirtschaft, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft getragen wird.
4. Die positiven Identifikationsangebote für Zuwanderer sollen gestärkt werden. Hierzu will die SPD ein bundesweites Patenschaftsprogramm „Wir in Deutschland“ initiieren.
5. Wir wollen das ehrenamtliche Engagement für den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken und eine Deutsche Stiftung Ehrenamt ins Leben rufen. Das Präventionsprogramm „Demokratie leben!“ soll ausgebaut werden.
6. 80.000 zusätzliche Kita-Plätze und 20.000 zusätzliche Stellen für Erzieherinnen und Erzieher sollen geschaffen werden. Das hilft Flüchtlingskindern genauso wie allen anderen Kindern und Familien. Dafür

soll der Bund die Länder und Kommunen zusätzlich unterstützen.

7. Die SPD will mit dem Ausbau der Ganztagsangebote die Integration von allen Schulkindern fördern. Dafür sind vor allem zusätzliche Lehrkräfte und auch mehr Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter notwendig. Mit einer Ganztagschul-Offensive sollen zusätzliche Mittel des Bundes bereitgestellt werden.
8. Flüchtlingen soll bereits während des Integrationskurses Maßnahmen zum Arbeitsmarkteinstieg angeboten werden.
9. Vorhandene Qualifikationen sollen unbürokratischer anerkannt und jungen Flüchtlingen über angepasste Programme der Einstieg in die berufliche Ausbildung ermöglicht werden. Der Arbeitsmarktzugang soll durch sichere Aufenthaltstitel für Auszubildende erleichtert werden.
10. Zugleich und in gleichem Maße sollen die Initiativen gegen Langzeitarbeitslosigkeit verstärkt werden.
11. Die SPD will zusätzliche Anreize für den Neubau bezahlbaren Wohnraums in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt setzen. Das Baurecht soll verschlankt werden.
12. Das Programm Soziale Stadt soll zu einem Leitprogramm der sozialen Integration in den Quartieren ausgebaut und die Mittel hierfür aufgestockt werden.

Für Matthias Schmidt ist klar, dass: "Bei allen Anstrengungen, die uns ein Integrationsplan für Bildung, Arbeitsmarkt, Stadtentwicklung, Gesellschaft und Kultur in den nächsten Jahren abverlangen wird, eines muss klar sein: Soziale, solidarische Politik dient nie nur dem einzelnen oder einer bestimmten Gruppe. Sie kommt letztlich allen zugute, macht unser Land lebenswerter und sichert den sozialen Frieden."



## TTIP - Chance oder Risiko?

Matthias Schmidt und Thomas Jurk im Gespräch



Junge Aktivisten, darunter auch die Jusos, demonstrieren vor dem Kanzleramt.

**Die Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit den USA (TTIP) und mit Kanada (CETA) sind für viele Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und Europa ein wichtiges Thema, das äußerst kontrovers diskutiert wird. Nun lädt Matthias Schmidt ein zum Bürgerdialog.**

Freihandelsabkommen bieten für ein exportorientiertes Land wie Deutschland grundsätzlich die Chance, durch den Abbau von Handelsbarrieren und den erleichterten Marktzugang für Unternehmen Wachstums- und Beschäftigungsimpulse zu setzen. Zudem könnte gerade ein Abkommen zwischen den zwei größten Handelsräumen Europa und den USA die Möglichkeit eröffnen, globale Standards für nachhaltiges Wirtschaften zu setzen.

Allerdings haben viele Bürgerinnen und Bürger, Verbände und Organisationen gegenüber TTIP und CETA erhebliche Vorbehalte. Sie beklagen die mangelnde Transparenz der Verhandlungen. Und sie befürchten, dass Arbeitnehmerrechte, Verbraucher- und Umweltschutzstandards sowie Regelungen im Bereich der Kultur und der Daseinsvorsorge aufgeweicht oder rechtstaatliche Verfahren und Prinzipien durch Regelungen zum Investorenschutz eingeschränkt werden könnten.

Auch innerhalb der SPD wird das Thema heiß diskutiert. Erst beim Parteitag im Dezember 2015 wurde die Haltung der SPD zu den geplanten Abkommen erneut debattiert. Die Jusos, die Jugendorganisation der SPD, lehnen die Abkommen grundsätzlich ab. Die SPD hingegen formulierte schon früh klare Positionen, die eingehalten werden müssen, wenn die Abkommen zustimmungsfähig sein sollen.

Matthias Schmidt will eine offene und sachliche Debatte über die transatlantischen Freihandelsabkommen – im Deutschen Bundestag und in der Gesellschaft insgesamt. Hierzu hat er Thomas Jurk, Mitglied des Deutschen Bundestages sowie im Haushaltsausschuss, eingeladen mit ihm und den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren.

Sie sind herzlich eingeladen am

**Donnerstag,  
den 14. Januar 2016,  
ab 19 Uhr,  
in der Freiheit 15**

(Freiheit 15, 12555 Berlin).

mitzudiskutieren!



**Matthias Schmidt, MdB**

**Wahlkreisbüro**

**Schmidts Ekke**

Ekkehardstraße 1  
12437 Berlin-Baumschulenweg  
Telefon: 030 53 60 99 50  
Fax: 030 53 60 99 49

Öffnungszeiten:

Montag:	11 bis 17 Uhr
Dienstag:	9 bis 15 Uhr
Mittwoch:	9 bis 17 Uhr
Donnerstag:	9 bis 15 Uhr
Freitag:	9 bis 15 Uhr
Samstag:	10 bis 13 Uhr

**Sprechstunden mit Matthias Schmidt:  
Samstag, 6. Februar 2016, 10 bis 12 Uhr**

**Wahlkreisbüro**

**Rathaus Friedrichshagen**

im Grünen Haus  
Bölschestraße 87/88  
12587 Berlin-Friedrichshagen  
Telefon: 030 22 01 38 11  
Fax: 030 22 01 38 12

Öffnungszeiten:

Dienstag:	14 bis 18 Uhr
Mittwoch:	10 bis 14 Uhr
Donnerstag:	14 bis 18 Uhr
Freitag:	10 bis 14 Uhr

**Bundestagsbüro**

Unter den Linden 50  
10117 Berlin  
Telefon: 030 22 77 48 33  
Fax: 030 22 77 68 35

Postanschrift:

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

matthias.schmidt@bundestag.de  
www.matthias-schmidt.berlin

## Deutsche Tornados über Syrien?

„Die Ablehnung ist mir nicht leicht gefallen.“



Foto: Ingo Büsing / pixelio.de

Ein deutscher Tornado im Tiefflug.

**In einer persönlichen Erklärung erläutert Matthias Schmidt seine Ablehnung des Bundeswehreinsatzes in Syrien. Deutlich wird: Das Entsenden deutscher Bundeswehr Soldatinnen und Soldaten ist keine leichte Entscheidung.**

„Die Entscheidung, dem Antrag der Bundesregierung nicht zuzustimmen, war die schwerste in meiner bisherigen Zeit als Mitglied des Deutschen Bundestages. Es gibt zahlreiche gewichtige Argumente, den Einsatz zu befürworten. Dem stehen jedoch ebenso gute Argumente entgegen. Die Gewichtung der Argumente nahm jeder Abgeordnete individuell und unterschiedlich vor.

Ich verstehe, besonders nach den terroristischen Anschlägen von Paris, den

französischen Ruf nach europäischer Solidarität. Die gewünschte militärische Beteiligung Deutschlands bedeutet einen gefährlichen Einsatz und die geforderte Beteiligung deutscher Soldatinnen und Soldaten an diesem Mandat stellt eine Zäsur dar.

Hinzu kommt, dass Europa nach mehreren Rückschlägen in den vergangenen Monaten ohnehin wenig geschlossen auftritt. Mir ist bewusst, dass auch durch meine Nein-Stimme das deutsch-französische Verhältnis - mithin der Kern von Europa - auf eine schwere Belastungsprobe gestellt wird.

Ich beabsichtigte mit meiner Entscheidung weder dem deutsch-französischen Verhältnis noch der europäischen Idee Schaden zuzufügen.

Jedoch konnte mir bisher niemand schlüssig darlegen, dass Luftschläge dem sogenannten Islamischen Staat (IS) bisher in der Substanz geschadet hätten, obwohl die Operation bereits über ein Jahr läuft und mehr als 16.000 Ziele angegriffen wurden. Zahlreiche Militärexperten teilen meine Zweifel. Meine Vorbehalte werden auch dadurch genährt, dass multilaterale Militäreinsätze weder in Afghanistan noch im Irak militärische Erfolge zeitigten. Zugleich beobachte ich eine zunehmende Radikalisierung der entsprechenden Jugendlichen, beispielsweise in Frankreich. Ich sehe keine militärischen Vorteile dieses Mandats, jedoch erhebliche politische Nachteile.

Wer sich gleichwohl mit dem Status quo nicht abfinden möchte, muss Alternativen benennen. Auch die Befürworter der Luftschläge sehen diese niemals als einzige Handlungsoption. Mit vielen Kolleginnen und Kollegen befürworte ich die in Wien laufenden Verhandlungen mit den Konfliktbeteiligten, die sich mühsam voran bewegen. Dass momentan ausgerechnet die zukünftige Rolle Assads im Mittelpunkt steht, zeigt die Verhandlungsprobleme in ungeschminkter Form. Ich setze sehr auf die Verhandlungen in Wien und hoffe, dass es in jedem Fall gelingt, den IS finanziell auszutrocknen, in dem zunächst seine Ölverkäufe boykottiert werden.

Ich kann 1.200 deutschen Soldatinnen und Soldaten nur in einen gefährlichen Auslandseinsatz entsenden, wenn ich von der Richtigkeit meiner Entscheidung überzeugt bin. Dies ist jedoch nicht der Fall. Darum konnte ich diesen Zweifel für mich nur auflösen, indem ich dem Antrag der Bundesregierung meine Zustimmung versagte.“

Sie wollen die **Zeitungs Ekke** per Mail erhalten? Schreiben Sie eine Mail an [matthias.schmidt@bundestag.de](mailto:matthias.schmidt@bundestag.de) und Sie erhalten sie stets zuerst.

**SPD**